



Der deutsche Arbeitsmarkt braucht auf Sicht dringend Einwanderer. Doch die Migration ist ein heftig umstrittenes Wahlkampfthema.

Foto: Nicolas Herrbach

Bombe für soziale Systeme?

Politik Thorsten Frei greift die grüne Einwanderungspolitik scharf an. Doch der deutsche Arbeitsmarkt sieht einem eklatanten Fachkräftemangel entgegen. *Von Ralf Trautwein*

Für den im Herbst bevorstehenden Bundestagswahlkampf werden die Messer schon gewetzt. In vorderster Front: Thorsten Frei, Abgeordneter des Schwarzwald-Baar-Kreises und Vorsitzender der Unionsfraktion. Fünf Monate vor der Wahl attackiert er die Grünen und deren Einwanderungspolitik.

Deren Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und ihre Mitstreiter fordern unter anderem ein neues Einwanderungsgesetz, um mehr ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen.

Einladung für Zuwanderer

Tatsächlich haben die Grünen, die in den Umfragen derzeit die Union überflügelt haben, viel vor. Sie wollen nicht nur den Klimawandel stoppen, eine kapitalgedeckte Rente einführen, Cannabis legalisieren und Europa zu einem Bundesstaat machen. Sondern auch Deutschlands Grenzen für Migranten weiter öffnen, eine „einladende Zuwanderungspolitik“ für „gering- und unqualifizierte Arbeitskräfte“ durchsetzen und diesen nach fünf Jahren die Einbürgerung anbieten. Dahinter steht die Vision von einer pluralistischen „Einwanderungsgesellschaft“.

Das bringt Thorsten Frei auf die Palme. „Statt 'ordnen, steuern und begrenzen' gibt es dann 'ausweiten, ausweiten und nochmals ausweiten', kritisiert er die Pläne des politischen Gegners scharf: Hierbei solle jeder anerkannte Flüchtling als Anker fungieren, sodass jedes weitere Familienmitglied – gleich welchen Grades – ein Nachzugs- und Blei-

berechtigt erhält. Jeder abgelehnte Asylbewerber soll nach den Vorstellungen der Grünen nach Arbeitsaufnahme dauerhaft bleiben dürfen. Dazu sollen auch gering und gar nicht qualifizierte zur Arbeitssuche kommen dürfen.

Dabei stellen sich Thorsten Frei die Nackenhaare: „Mehr Sogwirkung und Anreiz für mehr illegale Migration geht nicht“, meint er. „Statt unserer Grenze von maximal 200 000 Asylbewerbern pro Jahr werden es mit den Grünen wohl eher zwei Millionen. Das wäre die Bombe, die unsere Sozialsysteme zum Einsturz bringt.“

In NECKARQUELLE-Interviews hat Thorsten Frei stets betont, dass Deutschland kein Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild der USA oder Australiens benötige, um dem Mangel von Fachkräften am Arbeits-

markt zu begegnen, der sich in den nächsten Jahren demografisch bedingt verstärken wird. Frei steht hinter dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das die Regierung Merkel vor zwei Jahren auf den Weg gebracht hat.

Den Grünen ist dieses „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ aber viel zu kompliziert; es erschwere Einwanderung, klagen sie. Denn es setzt die Hürden für Arbeitsmigration deutlich höher, als sie es tun wollen. In den Augen dieses Gesetzes gilt als Fachkraft, wer mindestens hierzulande eine Lehre gemacht hat oder aber eine Ausbildung im Ausland, die mit einer inländischen qualifizierten Berufsausbildung gleichwertig ist. Diese Einwanderer erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für bis zu sechs Monate; sie müssen überdies etwas Deutsch sprechen. Hierbleiben dürfen sie frühestens nach

vier Jahren. Auf diese Weise will die Union 20 000 zusätzliche Fachkräfte pro Jahr für den deutschen Arbeitsmarkt gewinnen – aus Sicht der Arbeitgeber sind das allerdings zu wenige. Denn Deutschland vergeist, und der Arbeitsmarkt beginnt gefährlich auszudünnen. Unternehmen droht bald ein massiver Mangel an Fachkräften. Heute sind fast 50 Millionen im erwerbsfähigen Alter, doch schon 2030 werden es rund zehn Millionen weniger sein.

Bis 2060 müssen laut Bertelsmann-Stiftung Jahr für Jahr mindestens 260 000 Menschen mehr nach Deutschland zuziehen als abwandern, um diesen Mangel auszugleichen. Wenn nicht, werde die Zahl der Arbeitnehmer in den kommenden Jahrzehnten um rund 16 Millionen Personen schrumpfen – also fast um ein Drittel, heißt es in einer Bertelsmann-Studie von 2017, die an Aktualität nichts verloren hat.

Die Forderung der Grünen nach einem Einwanderungsgesetz mit vergleichsweise niedrigschwelligem Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ist daher nicht neu; bereits vor der letzten Bundestagswahl hatte die Bundestagsfraktion einen ähnlichen Gesetzesentwurf vorgelegt.

10

Millionen Fachkräfte werden am deutschen Arbeitsmarkt schon im Jahr 2030 fehlen.

Arbeitsmigration gab es schon immer

Seit letztem Jahr gehen die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1969 in Rente. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nach einer aktuellen Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln könnten Unternehmen bis 2040 ohne gezielte Zuwanderung und ein höheres Rentenalter jede achte Fachkraft verlieren. Darunter leidet die Wettbewerbsfähigkeit. In den Konjunkturumfragen der Deutschen Industrie- und

Handelskammer (DIHK) gilt der Fachkräftemangel daher mit als Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung: 55 Prozent von über 20 000 befragten Betrieben haben Angst vor dem Arbeitskräftemangel. Besonders betroffen sind nicht nur Bau und Pflege, sondern auch technikorientierte Bereiche wie etwa der Werkzeugmaschinenbau. Dieser gehört zu den Schlüsselbranchen in Baden-Württemberg. Dabei sind qualifizierte Arbeitsmigranten

nicht nur in Deutschland gefragt; auch andere Industrieländer werben um sie. Arbeitsmigration nach Deutschland gibt es schon seit dem Entstehen der Industriegesellschaft. Beispiel: Nach der Reichsgründung 1871 zogen hunderttausende Menschen aus den preußischen Gebieten des ehemaligen Polen ins Ruhrgebiet. In den 1950er- und 1960er-Jahren folgten dann die Gastarbeiter vorzugsweise aus Südeuropa und später aus der Türkei. rat